

Editorial

Die Sicherheit im BFI-Bereich wiederherstellen



Trotz Freigabe der Kohäsionsmilliarde und Besuch von Ignazio Cassis in Brüssel hat es die EU nicht eilig, den Dialog für eine mögliche Schweizer Assoziierung am Forschungsrahmenprogramm Horizon Europe aufzunehmen.

Die aktuelle Blockade ist für alle Beteiligten kontraproduktiv. Die Forschungsgruppen in der EU verlieren wichtige Partner, um Konsortien zu leiten. Die Gruppen in der Schweiz sind nicht mehr an der Ausarbeitung der Forschungsprogramme beteiligt, etwa in bedeutsamen Bereichen wie Klima oder Digitalisierung. Schlimmer noch: Forschende verlieren den Zugang zu prestigeträchtigen Förderungen der EU und erwägen, unsere Hochschulen zu verlassen. Die Schweiz läuft Gefahr, im BFI-Bereich zu einem Land zweiter Klasse zu werden.

Bundesrat, Parlament, Verwaltung und die Forschungsinstitutionen müssen die Sicherheit im BFI-Bereich wiederherstellen. Dazu muss die Schweiz ihren Willen bekunden, an allen EU-Kooperationsprogrammen teilzunehmen: auch an Erasmus+. Sie muss die Welt daran erinnern, dass sie in der wissenschaftlichen Zusammenarbeit eine grosse Nation ist: mit starken, konkreten und – warum nicht – gewagten Taten.

Vergessen wir nicht: das CERN wurde 1954 in Genf gegründet, um die Abwanderung der klügsten Köpfe zu verhindern und den Frieden zu fördern!

Fabien Fivaz

Präsident der WBK-N 2022–2023,
Mitglied Politikteam FUTURE

Gentechnikgesetz

Verlängerung des GVO-Moratoriums mit einer Ausnahme

Der Bundesrat will mit der Änderung des Gentechnikgesetzes das Moratorium zum Inverkehrbringen von gentechnisch veränderten Organismen (GVO) um vier Jahre verlängern. Diese vierte Verlängerung würde bis Ende 2025 gelten. Davon ausgenommen ist der Anbau zu Forschungszwecken. Allerdings fallen auch Organismen aus neuen gentechnischen Verfahren unter das Moratorium. Eine knappe Mehrheit der Kommission für Wissenschaft Bildung und Kultur des Ständerates (WBK-S) will das ändern.

Das Moratorium für die Verwendung von GVO in der Landwirtschaft gilt seit der Annahme einer Volksinitiative im Jahr 2005. Seither dürfen solche Organismen nur zu Forschungszwecken angebaut werden. Der Bundesrat begründet eine weitere Verlängerung mit dem fehlenden Interesse an einer Aufhebung des Moratoriums seitens der Landwirtschaft und der Konsumentinnen und Konsumenten. Er hält es zum jetzigen Zeitpunkt nicht für möglich, alle Fragen zum Vollzug des Gentechnikgesetzes zu regeln – vor allem mit Blick auf die neuen gentechnischen Verfahren. Das Wissen über diese Verfahren müsse zuerst vertieft werden.

Neue gentechnische Verfahren

Die vom Bundesrat vorgeschlagene Verlängerung des Moratoriums für den GVO-Anbau in der Landwirtschaft ist im Grundsatz unbestritten. Sowohl die beiden vorberatenden Wissenschaftskommissionen als auch der Nationalrat stimmten der Verlängerung deutlich zu. Diskutiert wurden hingegen die neuen gentechnischen Züchtungsverfahren. Dazu gehören die Methoden der Genom-Editierung wie CRISPR/Cas. Bei diesen Verfahren wird den Organismen kein fremdes Erbgut eingefügt, sondern ihre bestehende DNA wird gezielt verändert.

Einen Antrag mit dem Ziel, die mit Methoden der Genom-Editierung gezüchteten Pflanzen vom Moratorium auszunehmen, lehnte der Nationalrat in der Herbstsession ab. Er nahm aber ein Postulat an, das den Bundesrat mit der Klärung von offenen Fragen beauftragt, um sich bei künftigen Entscheiden in diesem Bereich auf valide Informationen stützen zu können. Die WBK-S möchte aber eine Ausnahme vom Moratorium für Organismen, die mit Genom-Editierungsmethoden gezüchtet wurden, und unterbreitet ihrem Rat einen entsprechenden Antrag. Zudem will sie mit einem Postulat einen bundesrätlichen Bericht erwirken. Dieser soll die Möglichkeiten aufzeigen, Züchtungsverfahren mit Methoden der Genom-Editierung vom Moratorium auszunehmen.

Aus Sicht der Wissenschaft

Die Trägerorganisationen des Netzwerks FUTURE begrüßen den politischen Willen, die Dauer des nächsten Moratoriums für die Klärung offener Fragen zu nutzen. Dabei soll dem neusten Stand der wissenschaftlichen Erkenntnis ausreichend Rechnung getragen werden. Obwohl die Forschung vom Moratorium ausgenommen wird, befürchten sie eine Schwächung des Forschungs- und Innovationsplatzes Schweiz, da Laborresultate nur ungenügend in der Anwendung getestet und weiterentwickelt werden können. Die BFI-Organisationen verweisen in Anbetracht der jüngsten Forschungsergebnisse ausserdem auf das Potenzial der neuen Methoden der Genom-Editierung hinsichtlich Themen wie Klimawandel, Ernährungssicherheit und Pestizideinsatz. Daher ist aus Sicht der Wissenschaft der Antrag der WBK-S, die neuen Verfahren vom GVO-Moratorium auszunehmen, klar zu unterstützen. Ab 2026 sollen im Bereich der GVO neue Wege begangen werden.

Voranschlag 2022

Ein bisschen Stabilität in unsicheren Zeiten

Bereits zum zweiten Mal findet die jährliche Debatte über den Voranschlag vor dem Hintergrund der Pandemie statt. Aufgrund der teils noch unabsehbaren wirtschaftlichen Konsequenzen dieser Gesundheitskrise schlagen die Finanzkommissionen ihren Räten kaum Anpassungen vor. Im BFI-Bereich beschlossen sie weder Aufstockungen noch

Kürzungen – die im Voranschlag 2022 vorgesehenen finanziellen Mittel entsprechen den Planungen im Rahmen der BFI-Botschaft 2021–2024. Angesichts der gegenwärtigen Nicht-Assoziierung der Schweiz am EU-Rahmenprogramm für Forschung und Innovation «Horizon Europe» und weiteren damit verbundenen Programmen

sollen im Voranschlag Kreditverschiebungen geregelt werden. Mit diesen bereits bewilligten Mitteln wird die im Rahmen von Übergangsmassnahmen beschlossene Direktfinanzierung durch die Institutionen der Forschungs- und Innovationsförderung sichergestellt.

SKAO

Gemeinsam das All erforschen

Der Bundesrat unterbreitete dem Parlament eine Botschaft, um die Finanzierung der Schweizer Beteiligung an der internationalen Forschungsinfrastruktur «Square Kilometre Array Observatory» (SKAO) in den Jahren 2021–2030 sicherzustellen. Dazu ist eine Erhöhung des Verpflichtungskredits um 24,7 Millionen Franken notwendig. Im Nationalrat und in den vorberatenden Kommissionen war diese Erhöhung unbestritten.

In der Wintersession wird der Ständerat als Zweitrat das Geschäft behandeln. Das SKAO wird das empfindlichste Radioteleskop der Welt bauen und damit die Geschichte des Universums von dessen Entstehung bis in unsere Zeit untersuchen. Im Bereich der Astrophysik ergänzt das SKAO die Aktivitäten der Europäischen Weltraumorganisation (ESA) und der Europäischen Südsternwarte (ESO). Weltweit und langfristig kommt

ihm grösste Bedeutung zu. Die Schweizer Spitzenforschung ist auf die Beteiligung an solch grossen internationalen Infrastrukturen angewiesen. Sie bieten einzigartige Dienstleistungen an, wirken attraktiv auf den wissenschaftlichen Nachwuchs und vernetzen Institutionen untereinander.

Erasmus+

Doch keine baldige Finanzierungsbotschaft?

Der Ständerat berät in der zweiten Sessionswoche eine Motion der nationalrätlichen Aussenpolitischen Kommission, die eine Finanzierungsbotschaft für die Schweizer Teilnahme an «Erasmus+» bis zur Wintersession 2021 fordert. Das EU-Programm der Jahre 2021–2027 gehört weltweit zu den grössten Förderinstrumenten für Mobilität in der Bildung und die institutionelle Zusammenarbeit. Der Bundesrat will sich zwar für eine

rasche Assoziierung der Schweiz einsetzen, lehnte die Motion aber ab, da kein Verhandlungsmandat mit der EU vorliege. Der Nationalrat nahm den Vorstoss in der Herbstsession klar an. Die ständerätliche Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur (WBK-S) beantragt ihrem Rat hingegen mit neun zu vier Stimmen, die Motion abzulehnen. Sie stellt sich auf denselben Standpunkt wie der Bundesrat, dass eine

Finanzierungsbotschaft ohne Verhandlungsmandat seitens der EU nicht möglich sei. Die direkt betroffenen BFI-Organisationen sprachen sich wiederholt für eine Re-Assoziierung an Erasmus+ aus. Insbesondere die Schweizer Hochschulen spüren die erschwerten Bedingungen für die Zusammenarbeit mit Institutionen in EU-Mitgliedstaaten. Sie verlieren dadurch an Sichtbarkeit und Einfluss.

IN KÜRZE

GII: Schweiz an Weltspitze

Die Schweiz führt im Jahr 2021 erneut den Global Innovation Index (GII) an. In der Rangliste der weltweit innovativsten Länder folgen Schweden auf Platz zwei, die USA auf Platz drei, das Vereinigte Königreich auf Platz vier und Südkorea auf Platz fünf. Der Global Innovation Index basiert auf 81 Indikatoren und bewertet 132 Volkswirtschaften. Er zeigt, dass in vielen Teilen der Welt trotz oder aufgrund der Coronavirus-Pandemie verstärkt in Innovation investiert wurde.

SWEET: dritte Ausschreibung

Das Bundesamt für Energie startete die dritte Ausschreibung des Energieforschungsprogramms Swiss Energy Research for the Energy Transition (SWEET). Das Leitthema dieser Ausschreibung im Umfang von 10 Millionen Franken heisst «Kritische Infrastrukturen, Klimawandel und Resilienz des Schweizer Energiesystems». Es handelt sich dabei um eine Zusammenarbeit mit dem National Centre for Climate Services (NCCS).

Fachkräftemangel mildern

Der Bundesrat eröffnete die Vernehmlassung für eine Rechtsgrundlage, um Ausländerinnen und Ausländern mit einem Schweizer Hochschulabschluss in Bereichen mit Fachkräftemangel den Zugang zum Arbeitsmarkt zu erleichtern. Sie sollen von den jährlichen Höchstzahlen für Aufenthaltsbewilligungen ausgenommen werden. Die Vernehmlassung dauert bis zum 10. Februar 2022.

SNF-Übergangsmassnahmen

Der Schweizerische Nationalfonds (SNF) schuf im Auftrag des Bundesrates eine Übergangslösung für Forschende, die sich im Rahmen des EU-Programms «Horizon Europe» im Jahr 2021 um einen Advanced Grant des ERC (Europäischer Forschungsrat) bewerben wollten. Der SNSF Advanced Grant richtet sich an führende Forschende in der Schweiz, mit innovativen, risikoreichen Forschungsprojekten. Für junge Forschende, die ein Stipendium der Marie Skłodowska-Curie Postdoctoral Fellowships Actions anstreben, bietet der SNF ebenfalls eine Lösung an.

CH und USA bauen Zusammenarbeit aus

Der Schweizerische Nationalfonds (SNF) und die amerikanische National Science Foundation (NSF) unterzeichneten eine Absichtserklärung, um die bilaterale Zusammenarbeit in der Forschungsförderung weiter auszubauen. Finanzierungsgesuche für Projekte von gemischten Forschungsgruppen (CH und USA) sollen nicht mehr von beiden Institutionen geprüft werden, sondern in einem Lead-Agency-Verfahren nur noch vom SNF oder der NSF.

3R-Forschung fördern

Die Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Nationalrats (WBK-N) nahm eine parlamentarische Initiative an, um mehr Ressourcen für die Forschung zum 3R-Prinzip (Replace, Reduce, Refine) zur Verfügung zu stellen. Damit sollen Alternativen zu Tierversuchen verstärkt gefördert werden.

15 neue Flagships

Die zu Beginn des Jahres 2021 lancierte erste Ausschreibung der Flagship Initiative der Schweizerischen Agentur für Innovationsförderung Innosuisse resultierte in fünfzehn bewilligten Gesuchen. Diese Projekte fördern systemische Innovationen, die auf aktuelle wirtschaftliche und gesellschaftliche Herausforderungen reagieren. Den drei- bis fünfjährigen Projekten steht ein totales Förder-volumen von 57,7 Millionen Franken zur Verfügung.

APK-N will Kohäsionsbeitrag erhöhen

Die Aussenpolitische Kommission des Nationalrats (APK-N) überweist ihrem Rat hinsichtlich der Behandlung des Voranschlags 2022 einen Antrag zur Erhöhung des zweiten Schweizer Kohäsionsbeitrags um rund 953 Millionen Franken. Diese Verdoppelung des Beitrags soll an die Bedingung geknüpft werden, dass die Assoziierungsvereinbarungen für die Schweizer Teilnahme an den EU-Programmen im BFI-Bereich (Horizon Europe, Digital Europe, ITER, Euratom und Erasmus+) bis am 30. Juni 2022 unterzeichnet werden können. Der Nationalrat wird den Antrag in der Wintersession behandeln.

Impressum

© Netzwerk FUTURE 2021

Münstergasse 64/66, 3011 Bern
T 031 351 88 46
info@netzwerk-future.ch
www.netzwerk-future.ch

Das Netzwerk FUTURE fördert den Dialog zwischen Politik und Wissenschaft. Wiederverwendung der Artikel sind unter Quellenangabe erlaubt.